
Strukturwandel und regionalpolitische Problematik der Papierindustrie

Rainer Juch

Die papiererzeugende Industrie beschäftigt in ihren einunddreißig in Halbkreisform um den Alpenhauptkamm gelegenen Betriebsstätten gegenwärtig rund 13.000 Arbeitskräfte. In der Folge wird die regionalpolitische Bedeutung der Branche präzisiert: Es werden einige ihrer Spezifika aufgezeigt, die sie in den letzten Jahren des öfteren ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Diskussion gerückt haben. Weiters wird der augenblickliche Einfluß deutlich gemacht, den die Papier- und Zellstofffabriken auf die Strukturen der Standortgemeinden, etwa auf Grund ihres Arbeitsplatzangebots, ausüben. Vor diesem Hintergrund werden dann die möglichen regionalpolitischen Folgen verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen dargestellt, die gegenwärtig zur Verbesserung der Situation der Branche zur Wahl stehen. Auf diese Art soll in die aktuelle Diskussion um die papiererzeugende Industrie eingegriffen und ein regionalpolitischer Standpunkt formuliert werden, der die Interessen ihrer Beschäftigten vorrangig berücksichtigt.

1. Einige Gründe für die Untersuchung

Ein derartiger Versuch ist bisher noch nicht unternommen worden: weder in der vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen erstellten Studie über die Lage der Papierindustrie im Licht der Auswirkungen der Integration Österreichs in die EG¹ noch in der vom Verband der österreichischen Papierindustriellen veröffentlichten Strukturanalyse der Branche² werden

1 Diese Arbeit stellt einen Teil einer umfangreichen Untersuchung jener Probleme dar, die durch die Integration für die verschiedenen österreichischen Industrien entstehen.

2 Strukturanalyse der österreichischen Papierindustrie, erstellt im Auftrag der Vereinigung österreichischer Papierindustrieller, teilweise veröffentlicht 1972.



Standortprobleme und ihre Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Beschäftigte behandelt. Dies scheint jedoch dringend geboten. Immerhin sind die Beschäftigten der Papierfabriken, häufig identisch mit einem beträchtlichen Teil der arbeitsfähigen Wohnbevölkerung der Standortgemeinden, von ihren Betrieben stets direkt abhängig gewesen; sie haben also die Auswirkungen von Strukturschwächen der Branche am deutlichsten verspürt. Ebenso werden sie auch von künftigen wirtschaftspolitischen Eingriffen in die Papierindustrie unmittelbar betroffen sein.

Die Untersuchung beschäftigt sich mit jenen Betrieben, in denen Papier und Zellstoff erzeugt wird. Sie haben stets besonderen Einfluß auf die Gemeinden ausgeübt, in denen sie angesiedelt sind, oft verfügen diese mit Ausnahme des papiererzeugenden Betriebs über keine Industrien. Dieser Umstand ist historisch zu erklären. Die Papierindustrie gehört in Österreich zu den traditionellen Industriezweigen. Sie stellt an ihre Standorte seit jeher zwei wesentliche Anforderungen, das Vorhandensein des Fabrikationshilfsstoffs Wasser in ausreichender Menge und Qualität und die Nähe des Holzes als Rohmaterial. Während die sozioökonomische Entwicklung seit der ersten industriellen Revolution die Bedeutung industrieller Standortfaktoren oftmals extremen Wandlungen unterworfen hat, kann für die papiererzeugende Industrie kein nennenswerter Bedeutungsverlust traditioneller zugunsten anderer Standortfaktoren nachgewiesen werden. Dadurch blieb, während andere traditionelle Industriezweige ihre Produktion einstellten oder in einer Weise veränderten, daß damit auch ein Wechsel des Standorts verbunden war und sie dem Trend zur Agglomeration folgen konnten, die Lokalisation der Papierfabriken vielfach unverändert: Standorte sind vor allem Gemeinden des oberösterreichischen und niederösterreichischen Alpenvorlands, als zweite Zone der Erzeugung kann das südliche Steinfeld und die Bucklige Welt angesehen werden. Die Produktionsorte der Steiermark liegen in der Mur-Mürz-Furche, die des südlichen Österreich an Zubringerflüssen der Drau. In Westösterreich wird in drei

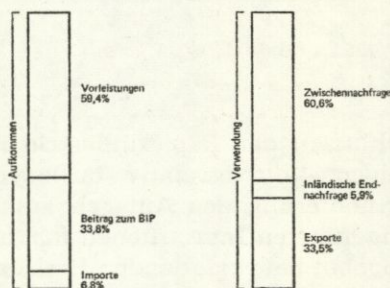
Gemeinden Papier erzeugt, es sind dies Industrieorte an Ill, Inn und Salzach. Rund die Hälfte der Papier- und Zellstofffabriken ist in Gemeinden angesiedelt, in denen heute sonst keine Industrie, bestenfalls lokales Gewerbe, zu verzeichnen ist. Es handelt sich um Orte, in denen auf Grund geringer Standortrentabilität für private Unternehmer auch keine industriellen Neugründungen zu erwarten sind. So sind die Beschäftigten in vielen Fällen vom Papierbetrieb existentiell abhängig.

In den letzten Jahren haben deshalb auch verschiedene strukturelle Schwächen der papiererzeugenden Industrie auf ihre Beschäftigten bedeutende soziale Auswirkungen gehabt. Über die Ursachen dieser Struktur-schwächen ist viel geschrieben worden. Vor allem wird die Häufigkeit der branchenspezifischen Konjunkturschwankungen genannt, die eine rechtzeitige Abstimmung der Produktions- und Investitionsprogramme durch die Unternehmen erschwert hätte. Gründe für diese konjunkturellen Schwankungen werden wiederum in der Exportabhängigkeit der Branche gesehen, da rund die Hälfte der Produktion im Ausland abgesetzt wird, gleichzeitig wird ihre oftmals azyklische Entwicklung von Kapazität und Absatzmöglichkeit ins Treffen geführt.

Die Bedeutung der Papiererzeugung für die österreichische Industrie zeigen die Tabellen I und II sowie Abbildung 1. Die Konjunkturlage der papiererzeugenden Industrie änderte sich seit 1969 einige Male (siehe Abbildung 2). In dieses Jahr fiel eine Aufschwungphase der Konjunktur auf den internationalen Papiermärkten. Die Ausweitung des Papier- und Pappeverbrauchs führte zu einem Produktionsanstieg der Branche, die nun in die Lage versetzt war, zusätzliche Produktionsmengen ohne Schwierigkeit abzusetzen. 1970 war der Kulminationspunkt des konjunkturellen Aufschwungs erreicht, der internationale Papiermarkt zeigte früher als andere Branchen Abschwächungstendenzen. Die Realisierung von Investitionsvorhaben in anderen papierproduzierenden Ländern schuf zusätzliche Produktionskapazitäten, die auf vielen Sektoren einen starken Angebotsdruck verursachten.

Abbildung 1

Die Zusammensetzung von Aufkommen und Verwendung in der Papiererzeugung



Quelle: Input-Output-Tabelle Österreich 1964.

Tabelle I

Produktionswerte der Papiererzeugung und der österreichischen Industrie insgesamt

	1972		1973	
	in 1000 S	in Prozenten	in 1000 S	in Prozenten
Papiererzeugung	10,980.443	4,35	11,945.602	4,47
österr. Industrie	252,239.885	100	266,915.109	100

Quelle: Industriestatistik 1973.

Tabelle II

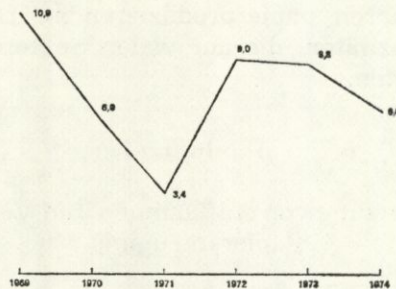
Produktion und Produktivität der Papiererzeugung
1964 = 100

	Produktion		Produktivität	
	1972	1973	1972	1973
Papiererzeugung	165,5	181,3	191,4	216,4
Gesamtindex II	165,8	173,3	157,4	161,3

Quelle: Industriestatistik 1973.

Abbildung 2

Jährliche Zuwachsraten der papiererzeugenden Industrie



Quelle: Produktionsindex 1964 und 1971, ÖZA.

Der Konjunkturzyklus in der Papierindustrie ist — wie in anderen kapitalintensiven Zweigen — durch relativ starke Ausschläge gekennzeichnet. Durch die Dimensionierung der Anlagen entstehen mit den in der Hochkonjunktur durchgeführten Investitionen fast automatisch Überkapazitäten, die ein Überangebot bei verfallenden Preisen zur Folge haben. Das so entstandene Mißverhältnis zwischen Kapazitäts- und Bedarfsentwicklung strebte 1971 einem neuen Höhepunkt entgegen. In allen hochent-

wickelten Ländern kam es zur Stagnation des Papierverbrauches, auf einigen Absatzmärkten zum deutlichen Rückgang. Auf Grund ihrer bedeutenden Exporte wurde die österreichische Papierindustrie von der Entwicklung voll betroffen, sie wirkte sich zusätzlich auch durch eine Verstärkung des Importdruckes aus.

Im ersten Halbjahr 1972 stand die Branche weiterhin unter dem Einfluß der weltweiten krisenhaften Situation, im zweiten Halbjahr schien die Talsohle dieser Entwicklung überwunden. Das Jahr 1973 stand im Zeichen eines weltweiten Konjunkturaufschwungs bei Zellstoff, Papier und Karton, der sich auch im nächsten Jahr fortsetzte und die österreichischen Papierindustriellen von einer Ablösung der mehrjährigen krisenhaften Situation sprechen ließ. Bis zum Frühherbst des Jahres 1974 wuchsen Produktion, Inlandsabsatz und Export kräftig an und brachten der Branche eine günstige Erlös- und Auftragssituation. Der Umschwung der Entwicklung kam im 4. Quartal 1974 und wirkte sich wiederum in einem Rückgang der Aufträge aus: Es zeigte sich, daß die Abnehmer der Papierindustrie durchwegs volle Lager besaßen, gleichzeitig trat auch Japan wieder als Anbieter auf den Weltmärkten in Erscheinung.

Die konjunkturellen Schwankungen in der Papiererzeugung müssen jedoch vor dem Hintergrund struktureller Veränderungen in dieser Branche gesehen werden. Im wesentlichen geht es dabei um folgende Entwicklungen: Da der Rohstoff Holz knapp wird, versuchen die traditionellen Erzeuger des Massenprodukts Zellstoff, vor allem die skandinavischen Hersteller, stärker in die Finalproduktion (Papier, Verpackungsmaterial, beschichtete Folie usw.) einzudringen und konkurrenzieren mit ihren in kostenmäßig günstigeren Standorten gelegenen Kapazitäten die kontinentaleuropäischen Hersteller. Der technische Fortschritt in der Zellstoff- und Papiererzeugung tendiert zu Großanlagen der Erzeugung, die gegenüber den mittleren und kleinen Produzenten wesentlich kostengünstiger liegen. In dieselbe Richtung wirken zum Schutze der Umwelt erlassene Vorschriften. Der Bau und die Erhaltung von Umweltschutzanlagen ist — selbst bei massiver öffentlicher Förderung — nur ab einer gewissen Betriebsgröße für das Unternehmen rentabel.

Die sozialen Folgen der hier skizzierten konjunkturellen und strukturellen Veränderungen der letzten fünf Jahre waren für die Beschäftigten der Branche schwerwiegend: gab es 1969 noch 38 Papier- und Zellstofffabriken, so sind es im Jahr 1975 nur noch 31. Der Beschäftigtenstand der Betriebe sank in diesen fünf Jahren von rund 16.000 auf rund 13.000 Personen.

Die künftige Entwicklung der Branche wird unter anderem von verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Programmen bestimmt werden. Im Oktober 1973 beschloß der Ministerrat die »Richtlinien für die Gewährung von Zinsenzuschüssen an die österreichische Zellstoff- und Papierindustrie für Umweltschutz und Strukturverbesserungen«. Die Bundesregierung erklärte sich damit vor allem bereit, Umweltschutzinvestitionen, das sind Investitionen zur Verbesserung der Wasser-, Luft- und Lärmverhältnisse, mit einem Zinsenzuschuß von 4 Prozent zu unterstützen. Die Zinsstützung wird für zehn Jahre gewährt. Ähnliches gilt für Investitionen,

die von den Unternehmen unter dem Gesichtspunkt der Strukturverbesserung vorgenommen werden. Im Rahmen der Richtlinien kann mit Stand vom Mai 1975 ein Kreditvolumen von ca. 1,45 Milliarden Schilling zinsgestützt werden. Um die Förderungsmittel zu erhalten, müssen die Unternehmen der Regierung Projekte vorlegen, die in einem den Handelsminister beratenden Gremium diskutiert werden. Von Bedeutung für die Papier- und Zellstoffherzeuger sind desgleichen die Kredite des Wasserwirtschaftsfonds, die vom Bundesministerium für Bauten und Technik vergeben werden. Im Rahmen dieses Fonds sind in den nächsten Jahren 1,2 Milliarden Schilling freigehalten.

Bedenkt man die bedeutenden Umweltschäden, die von der Zellstoffherzeugung auf Grund emissionsträchtiger Produktionsabläufe bisher hervorgerufen wurden, so wird die staatliche Förderung von Umweltschutzinvestitionen verständlich. Auf die Konzeption der Richtlinien und die damit verbundene Problematik der Förderung wird noch einzugehen sein. Immerhin sind vom Einsatz der zuletzt genannten wirtschaftspolitischen Instrumente bedeutende regionalpolitische Folgen, etwa für die Arbeitsplatzsicherung, zu erwarten.

Wie man sieht, unterstreichen wirtschaftspolitische Tatbestände die Notwendigkeit der gegenständlichen Untersuchung. Die regionalpolitische Bedeutung der Branche soll nun in zwei Arbeitsgängen ermittelt werden. Zum einen soll die Typisierung der Standortgemeinden einen Überblick über den augenblicklichen Einfluß der Betriebe verschaffen. Unter Berücksichtigung dieser Gemeindetypisierung werden dann verschiedene Projekte diskutiert, die die Unternehmen zur Förderung im Rahmen der Richtlinien eingereicht haben. Somit kann als Ergebnis dieser Untersuchung schließlich auf jene Gruppe von Betrieben hingewiesen werden, auf deren Erhaltung aus regionalpolitischen Gründen vordringlich zu achten, deren Unterstützung im Rahmen der »Richtlinien« zu fordern ist. Gleichzeitig wird in manchen Fällen im Interesse der Beschäftigten eine solche Forderung abzulehnen und die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, etwa bis zum Jahre 1980, zu verlangen sein.

2. Die Typisierung der Gemeinden

Ihr liegt die Annahme zugrunde, daß jede der 30 Gemeinden zum Untersuchungszeitpunkt über eine bestimmte Anzahl beziehungsweise Kombination von Standortindikatoren verfügt hat, wodurch wiederum eine Charakterisierung der Gemeinden ermöglicht und die momentane Bedeutung der angesiedelten Papierfabrik deutlich wird. Die Typisierung der Standortgemeinden erfolgt schrittweise. Fürs erste sind aus den zahlreichen Standortindikatoren, die zur Kennzeichnung von Gemeindestrukturen herangezogen werden können, die für eine grobe regionale Typisierung wesentlichen auszuwählen. Für die Typisierung der Standorte der Papier- und Zellstofffabriken sollen Indikatoren dienen, die die Branchenzusammensetzung der betreffenden Gemeinden und ihre Lage im größeren Raum anzeigen. Der kommunale Merkmalskatalog umfaßt acht Standortindikatoren A bis H:

- A: in der Gemeinde sind verschiedene Industriebranchen angesiedelt
- B: die Gemeinde weist industrielle Monostruktur auf
- C: Papierfabrik ist einziger Betrieb der Gemeinde

Indikatoren A, B, C zeigen die Branchenzusammensetzung der Gemeinde an.

- D: zentraler Ort ist maximal 10 km entfernt
- E: zentraler Ort ist 11 bis 20 km entfernt
- F: zentraler Ort ist mehr als 20 km entfernt

Indikatoren D, E, F zeigen die Distanz zum nächstgelegenen zentralen Ort höherer Stufe an. Für die in Aktivzonen gelegenen Gemeinden (Landes-, Viertelshauptstädte, ausgesprochene Wachstumspole) werden die Distanzen nicht angegeben.

- G: zentraler Ort ist Wachstumspol und/oder in Aktivzone gelegen usw.
- H: zentraler Ort ist Industriege-
meinde, die monostrukturiert ist,
stagniert usw.

Indikatoren G und H sollen nächstgelegenen zentralen Ort höherer Stufe charakterisieren.

Die Auswahl der Indikatoren ist auf den Untersuchungsgegenstand abgestimmt: Der Bedeutungsgrad einer Papierfabrik für die Standortgemeinde wird demnach etwa mit der Anzahl der übrigen in der Gemeinde angesiedelten industriellen Betriebsstätten variieren, weiters wird die Entfernung zu anderen, größeren Orten mit einem gewissen Arbeitsplätzeangebot zur Präzisierung dieser Bedeutung heranzuziehen sein. Desgleichen ist das Wirtschaftsleben in der größeren Nachbargemeinde, dem »nächstgelegenen zentralen Ort höherer Stufe«, zu berücksichtigen: Handelt es sich um eine Gemeinde mit prosperierender Wirtschaftsstruktur (sogenannter Wachstumspol) oder ist sie etwa monostrukturiert, sind stagnierende Branchen angesiedelt?

Gemeinden, die zum Zeitpunkt der Untersuchung über die gleiche (optisch erfaßbare) Kombination von Indikatoren verfügten, können zu verschiedenen Gemeindetypen zusammengefaßt werden:

Standortindikatoren A—H

A: in der Gemeinde sind verschiedene Industriebranchen angesiedelt	B: die Gemeinde weist industrielle Monostruktur auf	C: Papierfabrik ist einziger Betrieb der Gemeinde	D: zentraler Ort ist maximal 10 km entfernt	E: zentraler Ort ist 11—20 km entfernt	F: zentraler Ort ist mehr als 20 km entfernt	G: zentraler Ort ist Wachstums- und/od. in Aktivzone gelegen, usw.	H: zentraler Ort ist Industrie-gemeinde, die monostrukturiert ist, stagniert, usw.	Gemeindetypen 1—11
•								Gemeindetyp 1 Wattens, Hallein, Graz-Andritz, Wels, Stattersdorf, Traun, Ansfelden, Nettingsdorf
	•							Gemeindetyp 2 Bruck/Mur
	•			•		•		Gemeindetyp 3 Frohnleiten, Hausmening, Kematen
	•		•				•	Gemeindetyp 4 Frastanz
	•				•	•		Gemeindetyp 5 Lenzing, Steyrermühl, Laakirchen
		•	•			•		Gemeindetyp 6 Gratkorn, St. Magdalen
		•		•		•		Gemeindetyp 7 Pitten, Sautern
		•	•				•	Gemeindetyp 8 Pöls, Niklasdorf, Frantschach, Neubruck, Schlöglmühl
		•			•	•		Gemeindetyp 9 Ortmann
		•		•			•	Gemeindetyp 10 Rosenau, Rechberg
		•			•		•	Gemeindetyp 11 Thomasberg, Weißenbach

Ist eine jede Gemeinde, die Standort einer Papier- oder Zellstofffabrik ist, einmal einem Gemeindetyp zugeordnet, so wird durch den Vergleich der Platzierung der Indikatoren eine weitere Zusammenfassung der Typen zu drei Gruppen möglich. Mit Hilfe einer derartigen Aggregation werden grundlegende derzeitige Bedeutungsunterschiede zwischen den Unternehmen deutlich.

3. Betriebe und Standortgemeinden

Acht Betriebe der papiererzeugenden Industrie sind in Gemeinden mit prosperierender Wirtschaftsstruktur (Gemeindetyp 1) angesiedelt. Die Branchenzusammensetzung der Standorte ist durchwegs vielfältig, häufig finden sich auch Folgeindustrien der Papiererzeugung. Diese erste Gruppe umfaßt:

Gemeinde	Betrieb	Besch.	Eigentümer	Produktionsprogramm
Wattens (T)	Papierfabrik Wattens	235	Bunzl Pulp & Paper Ltd. (GB)	Dünn- und Spezialpapiere
Hallein (Sbg)	Borregaard Industries Ltd. Hallein	1047	A/S Borregaard (Norwegen)	graphische und Sulfitpackpapiere
Graz-Andritz (Stmk)	Papierfabrik Arland Pacht- und Betriebsges.	489	Erker-Hocevar (I)	Dünn- und Spezialpapiere, Hygiene-Papier
Wels-Pernau (OÖ)	Welser Papierfabrik	261	Landegger-Gruppe (USA)	Spezial- und Druckpapiere
Traun (OÖ)	F. Feuerstein Zigaretten- und Seidenpapierfabrik	167	Trierenberg-Gruppe (Ö)	Feinpapiere
Anselden (OÖ)	Buntpapierfabrik G. F. Lell	150	Familienbesitz (Ö)	gestrichene Papiere
Nettingsdorf (OÖ)	Nettingsdorfer Papier- und Sulfatzellulosefabrik	651	Stepski-Doliva (Ö)	Kraftpapiere
St. Pölten-Stattersdorf (NÖ)	M. Salzners Söhne Papier-, Holzstoff- und Zellulosefabriken	206	Familienbesitz (Ö)	graphische Papiere

Zusammenzufassen sind desgleichen die Gemeindetypen 2—6 und ihre Betriebe. Bei den Standorten handelt es sich vorwiegend um monostrukturierte Industriegemeinden, in denen die Papierfabrik auf Grund ihres Arbeitsplatzangebotes von großer Bedeutung ist. In einigen Gemeinden finden sich daneben Betriebe der Schwerindustrie, an einem Standort (Frohnleiten) haben sich zwei Unternehmen der Papiererzeugung angesiedelt. Für zwei Standortgemeinden ist das Unternehmen der einzige Betrieb (Sankt Magdalen-Landskron, Gratkorn), allerdings ist hier der räumliche Verbund mit wichtigen zentralen Orten mit industrieller Struktur (Villach beziehungsweise Graz) gegeben. Die Gemeinden und Betriebe im einzelnen:

Gemeinde	Betrieb	Besch.	Eigentümer	Produktionsprogramm
Bruck/Mur (Stmk)	Leykam-Mürztaler AG, Betrieb Bruck	437	Mehrheit CA	Rotationsdruckpapiere
Frohnleiten (Stmk)	Leykam AG, Betrieb Frohnleiten	249	Mehrheit CA	holzhältige und Rotopapiere
Frohnleiten (Stmk)	Kartonfabrik Franz Mayr-Melnhof	430	Mayr-Melnhof-Gruppe (Ö)	Pappe
Hausmening (NÖ)	Papierfabrik Theresienthal	675	Neusiedler AG, Mehrheit Turnauer (Ö)	Fein- und Spezialpapiere
Kematen (NÖ)	Papier- und Sulfitzellulosefabrik Kematen	313	Neusiedler AG, Mehrheit Turnauer (Ö)	Druckpapiere und Zellulose
Frastanz (V)	Vorarlberger Papierfabrik Ganahl & Co.	290	Familie Ganahl (Ö)	Pappe
Lenzing (OÖ)	Papierfabrik der Chemiefaser Lenzing AG	650	Länderbank - CA	Sulfitpackpapiere
Steyrermühl (OÖ)	Steyrermühl Papierfabriks- u. Verlags-AG	702	BAWAG	Roto-, Druckpapiere, Zellulose
Laakirchen (OÖ)	Papierfabrik Laakirchen	736	Heinzel-Gruppe (BRD)	Druckpapiere, hygienische Papiere
Gratkorn (Stmk)	Leykam-Josefsthal AG für Papier- und Zellstoffindustrie	1680	Mehrheit CA	Feinpapiere, Zellstoff
St. Magdalen-Landskron (K)	Borregaard Industries Ltd. Villach	219	A/S Borregaard (Norwegen)	Zellstoff

Die noch verbleibenden Papier- und Zellstofffabriken sind jeweils die einzigen Industriebetriebe ihrer Standorte. Die arbeitsfähige Wohnbevölkerung der Gemeinden ist von den Betrieben vielfach existentiell abhängig. Es handelt sich um zwölf Standorte:

Pitten, Sautern: Die beiden Betriebe im Besitz der Firmengruppe Hamburger-Unterland haben ihre Standorte im niederösterreichischen Pittental. Das Stammwerk des Unternehmens »Papier- und Zellstoffabrik W. Hamburger« befindet sich im Markt Pitten (2595 Einwohner). Hier werden alle Arten von Wellpappenrohstoff-Papieren produziert. Der voll ausgelastete Betrieb weist einen Beschäftigungsstand von 75 Arbeitskräften auf.

Der Markt Pitten ist an der Mündung des Pittentals ins Steinfeld gelegen, neben der Papierfabrik sind Kleinbetriebe der Eisen- und Metallindustrie angesiedelt. Pitten erlangt auch als Fremdenverkehrsort gewisse Bedeutung, die Randlage zu den Wirtschaftszentren wird durch die Nähe der Viertelshauptstadt Wiener Neustadt nur zum Teil gemildert. In der Fabrik in Sautern, einem in 1,5 km Entfernung in Richtung Seebenstein gelegenen Ort, wird der Zellstoff erzeugt, beschäftigt sind 20 Arbeitskräfte.

Pöls ob Judenburg: Die 367 Beschäftigten des einzigen Betriebes der obersteirischen Gemeinde erzeugen vor allem Sulfitpackpapiere. Mit dem

Eigentümer Cartiere-Burgo-SPA befindet sich die »Pölser Zellulose- und Papierfabrik« in italienischem Besitz. Das papiererzeugende Unternehmen ist für die 3481 Einwohner zählende Gemeinde Pöls von größter Bedeutung, da die berufstätige Bevölkerung zu einem Teil im Werk Beschäftigung findet.

Standortraum ist das Aichfeld, der nördliche Teil des etwa 20 Kilometer langen Judenburger Beckens. Die Region ist ein typisches »altes Industriegebiet« und der mit Sicherheit derzeit strukturschwächste Teil des obersteirischen Industriereviers. Für das Gebiet ist eine hohe Konzentration der Industriebeschäftigten auf Betriebe des Bergbaus (Fohnsdorf) und der eisenerzeugenden Industrie, die mit Strukturschwächen kämpfen, festzustellen. Die Beschäftigtenzahlen in diesen Betrieben sind rückläufig, die Verkehrslage des Gebietes ist ungünstig, die Wohn- und Umweltverhältnisse sind wenig attraktiv. Die Region ist im Jahre 1972 zum regionalen Notstandsgebiet erklärt worden, als sich Bund, Land Steiermark und die Gemeinden des Aichfelds zur »Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden« zusammenschlossen, um die regionalpolitischen Maßnahmen der öffentlichen Hand zur Sanierung des Teilraums zu koordinieren. Zentraler Ort des Aichfelds ist Judenburg, Bezirksstadt mit elftausend Einwohnern und Standort der ehemaligen »Styria-Gußstahlwerke«, die heute zum Konzern der »Vereinigten Edelstahlwerke« gehören.

Niklasdorf an der Mur: Von Bedeutung für die Wohnbevölkerung der Standortgemeinde ist die »Zellulose- und Papierfabrik Brigl & Bergmeister« der deutschen Freudenberg-Gruppe. Am Ufer der Mur, zwischen den beiden monostrukturierten Industriestädten Leoben und Bruck, in der 3365 Einwohner zählenden Gemeinde Niklasdorf angesiedelt, finden 656 Arbeitskräfte Beschäftigung. Erzeugt werden Sulfitpackpapiere für den graphischen und den Verpackungssektor.

Frantschach: In der Unterkärntner Ortschaft Frantschach, Gemeinde Wolfsberg (10.485 Einwohner), ist die »Zellstoff- und Papierfabrik Frantschach AG« lokalisiert. Sie ist zu etwa gleichen Teilen in amerikanischem (St. Regis Paper), englischem (Bankhaus Warburg) und österreichischem Besitz (H. Hartmann). Zurzeit beschäftigt der einzige Industriebetrieb von Frantschach 816 Menschen.

Standortraum des Unternehmens ist somit das Tal der Lavant zwischen Saualpe und Koralpe, welches eine eigene naturräumliche Einheit bildet und durch seine Nord-Süd-Erstreckung zu den anderen Kärntner Wirtschaftszonen abseitig gelegen ist. Dieses Gebiet ist ein überdurchschnittlich industrialisierter Teil von Unterkärnten, allerdings haben sich in den Orten des Lavanttales hauptsächlich Produktionsstätten geringerer Betriebsgröße angesiedelt. Zentraler Ort des Lavanttales ist die Stadt Wolfsberg mit Betrieben der metallverarbeitenden Industrie, der Textil- und der Bekleidungsindustrie. Wichtige Industrien befinden sich auch in den Orten St. Paul und Ettendorf. Ansiedlungen von Betrieben werden im Rahmen eines Industrialisierungskonzeptes für das Lavanttal vor allem in der Zone St. Andrä-Wolfsberg gefördert, bisher haben sich eine Maschinenfabrik und ein Textilbetrieb niedergelassen.

Neubruck: Im Tal der mittleren Erlauf hat eine Papierfabrik ihren

Standort, die graphische und Feinpapiere herstellt. 200 Arbeiter und Angestellte sind in der Produktion beschäftigt. Die »Neubruker Papierfabrik« belieferte bereits die österreichisch-ungarische Bank mit Banknotenpapier. Die Betriebsstätte ist im Jahre 1949 ausgebrannt und an der gleichen Stelle neu aufgebaut worden.

Neubruck ist ein Ortsteil der Gemeinde Scheibbs (4419 Einwohner), der durch das papiererzeugende Unternehmen sein Gepräge erhält. Der überwiegende Teil der berufstätigen Bevölkerung von Neubruck findet im Betrieb Beschäftigung, die anderen arbeiten größtenteils in den Betrieben der Stadt Scheibbs, des zentralen Orts des mittleren Erlauftales.

Schlöglmühl: Bis vor einem Jahr befand sich die »Papierfabrik Schlöglmühl«, ein Werk, in dem 299 Arbeitskräfte beschäftigt sind, im Besitz der Neusiedler AG. Heute ist es im Eigentum der Gruppe Salzer. Das Produktionsprogramm umfaßt alle Arten von gestrichenen Papieren. Der Standort des Unternehmens ist im Schwarzatal gelegen. Der Südrand des Schneebergmassivs ist vor allem in der Zwischenkriegszeit bevorzugter Standortraum für die niederösterreichische Papierindustrie gewesen, seither sind in diesem Gebiet jedoch verschiedene Kleinbetriebe aus strukturellen Gründen stillgelegt worden.

Für die Bevölkerung des zur Gemeinde Payerbach (2796 Einwohner) gehörenden Ortes Schlöglmühl ist die Papierfabrik nach wie vor von Bedeutung. Finden die Berufstätigen des Ortes nicht im Werk selbst Beschäftigung, so sind sie in der Gloggnitzer Industrie oder in den Fremdenverkehrsbetrieben von Payerbach erwerbstätig.

Rechberg ist ein Teil der Unterkärntner Gemeinde Eisenkappel (3761 Einwohner). Im Tal der Vellach, eines Nebenflusses der Drau, gelegen, ist die Ortschaft Standort des zweiten Werkes der Erker-Hocevar-Gruppe in Österreich, der »Zellstofffabrik Rechberg« (248 Beschäftigte). Die Arbeitskräfte des Betriebes stammen zum größten Teil aus Rechberg und aus den umliegenden Streusiedlungen. Auf die Problematik der Zellstofferzeugung wird noch gesondert eingegangen werden. An dieser Stelle soll vorerst einmal festgehalten werden, daß theoretisch die Schließung des Werks für die Arbeitskräfte ernste Probleme mit sich bringen würde, da sich in Rechberg und in den umliegenden Gemeinden keine industriellen Arbeitsstätten befinden. Im günstigsten Falle könnten die Betriebe des Bezirkszentrums Völkermarkt einen Teil der Berufstätigen aufnehmen, gleichzeitig hätten die Betroffenen jedoch eine tägliche Wegstrecke von ca. fünfzig Kilometern zurückzulegen, was nicht zuletzt auf Grund der dürftigen Verkehrsinfrastruktur des Gebietes mit Schwierigkeiten verbunden wäre.

Rosenau am Sonntagsberg: Ein Betrieb mit einer im Vergleich zu anderen Werken der Papierindustrie geringen Jahresproduktion an Seidenpapieren ist die »Papierfabrik Oismühle Alois Sonnberger« mit dem Standort im niederösterreichischen Rosenau, Gemeinde Sonntagsberg (4696 Einwohner). 29 Arbeitskräfte sind in der Produktion beschäftigt. Das Werk zählt zu den im Tal der Ybbs gelegenen Produktionsstätten. Die von Waidhofen flußabwärts reichende Zone der Eisenverarbeitung endet in der Gegend um Rosenau, wo das Ybbstal zum Standortraum für Unternehmen der Papierindustrie wird.

Ortmann: Der Standort des zweiten Betriebes des Bunzl-Konzerns in Österreich befindet sich im Tal der oberen Piesting, welches vor allem in der Phase der Industrialisierung der niederösterreichischen Kalkalpentäler für die Ansiedlung rohstofforientierter Industrien geeignet schien. Damals haben sich in den Siedlungen des Piestingtales Unternehmen der eisenverarbeitenden Industrie niedergelassen, die heute, soweit sie die Produktion aufrechterhalten haben, mit beträchtlichen Strukturschwächen kämpfen; stellenweise kam es auch zur Gründung von Papierfabriken.

Die »Papierfabrik Ortmann« der Bunzl und Biach AG ist aus einer alten Papiermühle hervorgegangen. Die Ortschaft Ortmann zählt 270 Einwohner. Der Beschäftigtenstand des Werkes ist bedeutend, 1086 Arbeitskräfte, die aus den verschiedenen Gemeinden des oberen Piestingtales stammen, produzieren Dünn- und Spezialpapiere. Die Industrien der angrenzenden Gemeinden Gutenstein, Pernitz, Waldegg und Wöllersdorf erzielen nicht annähernd die beschäftigungspolitische Bedeutung der Ortmanner Papierfabrik.

Thomasberg: Für die Ortschaft mit ihren 1319 Einwohnern, die im Tal der Pitten liegt, ist die »H. Walli KG Papier- und Zellstofffabrik« bedeutsam. Von 138 Arbeitskräften wird Zellstoffwatte und Tissue produziert. Der Betrieb zählt zu den kleineren Unternehmen der Branche, wie überhaupt für das Pittental eine Streuung von Kleinbetrieben festzustellen ist.

Weißbach an der Enns (1004 Einwohner) schließlich ist Standort eines Betriebes, der bis vor einem Jahr zur Neusiedler AG gehörte. Die »Weißbacher Sulfitzellstoff- und Futterhefefabrik« sollte mit dem 31. März 1974 geschlossen werden, wurde dann aber von der Besitzerin der Arlander Papierfabrik übernommen. Zurzeit sind 229 Arbeitskräfte mit der Zellstoffproduktion beschäftigt.

Auch für den Betrieb in Weißbach gilt die im folgenden Abschnitt geschilderte Problematik der österreichischen Zellstofferzeugung. Die Wohnbevölkerung der Gemeinde ist vom Werk nach wie vor existentiell abhängig, Weißbach selbst befindet sich in extremer Randlage zu den Wirtschaftszentren der Steiermark. Das Ennstal ist gering industrialisiert, nächstgelegene bedeutendere Industriestandorte sind Liezen und Rottenmann.

4. Regionalpolitische Ziele

Durch die Gemeindetypisierung wird eine Momentaufnahme der regionalen Bedeutung der Betriebe erreicht. Man hätte die Anzahl der Standortindikatoren erhöhen und dadurch zu einem Bild gelangen können, welches den momentanen Einfluß der Werke noch präziser wiedergibt. Da jedoch eine einfache Charakteristik der gegenwärtigen Stellung der Betriebe in ihren Gemeinden für die Zwecke der Arbeit vollkommen genügt, wurde auf einen solchen verfeinerten Ansatz verzichtet. Der regionale Augenblickszustand ist ja nur eine von mehreren Größen, die eine Bewertung der regionalpolitischen Bedeutung der Papier- und Zellstofffabriken bestimmen.

Eine solche Bewertung hat formalen wie politischen Ansprüchen zu genügen. So scheint zum einen aus mehreren Gründen, etwa wegen der ge-

botenen Kürze der Darstellung, eine Einschränkung auf jene Betriebe beziehungsweise Standorte notwendig, mit denen wir uns näher beschäftigen wollen.

Der politische Charakter der Bewertung wiederum setzt das Bekenntnis zu bestimmten allgemeinen regionalpolitischen Grundsätzen voraus; dies gilt auch für die Diskussion der einleitend genannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Gegenwart.

Sinnvollerweise beziehen sich die folgenden regionalpolitischen Aussagen nur noch auf jene Standorte, die im Abschnitt 3 als dritte Gruppe zusammengefaßt sind. Der Einfluß der Werke ist unschwer zu präzisieren: Schließung der Betriebe hätte eben Pendeln zu neuen Arbeitsplätzen in anderen, wie wir sehen werden, oft weit entfernten Gemeinden zur Folge. Grund genug, um sich vor allem für diese Gemeindetypen und ihre Betriebe eine regionalpolitische Strategie zu überlegen.

Welche regionalpolitische Bedeutung sollen die 13 Papier- und Zellstofffabriken, die in den Gemeindetypen 7—11 angesiedelt sind, in Zukunft haben? An dieser Stelle muß die Besinnung auf regionalpolitische Grundsätze erfolgen: Im Interesse der Industriebeschäftigten ist es einmal notwendig, sich zum regionalpolitischen Prinzip der dezentralisierten Konzentration zu bekennen: Nach Möglichkeit soll dem Agglomerationstrend, dem immer stärkeren Zuzug der Unternehmen in die industriellen Ballungsräume, Einhalt geboten werden. In den mittelgroßen Siedlungen, den Hauptorten der politischen Bezirke usw. sollen die Industrien gehalten werden, dadurch verfügen diese Gemeinden dann über ein gewisses Entwicklungspotential, über Agglomerationsvorteile zum Beispiel, die sich durch die Konzentration von Betrieben, Arbeitskräften und der einen oder anderen Bildungseinrichtung ergeben. In diesen Gemeinden mit ihrem Mindestmaß an regionaler Konzentration sollen dann die öffentlichen Gelder für die Industrieansiedlung vorrangig eingesetzt und weitere Standortvorteile für private Unternehmen geschaffen werden. Die Industrialisierung dieser Standorte könnte so ein gewisses Gegengewicht zu den Ballungsgebieten bilden, die Abwanderung von Arbeitskräften in die Zentren verhindern oder ihnen lange Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz ersparen.

Ein zweiter Grundsatz einer Regionalpolitik für unselbständig Beschäftigte ist die Sicherung der Arbeitsplätze. Er steht nur dann im Widerspruch zum Prinzip der dezentralisierten Konzentration, wenn auf gegenseitige Abstimmung verzichtet wird. In diesem Fall müßten dann etwa jene Betriebe, die die einzigen ihrer Standorte sind, vom Standpunkt der Arbeitsplatzsicherung aus auf jeden Fall und ohne Rücksicht auf ihre Ertragslage erhalten bleiben, während die Strategie der Schaffung von Entwicklungsschwerpunkten, die die existentielle Abhängigkeit einer Gemeinde von einem einzigen Betrieb und seinem Lohnniveau zu verhindern sucht, der Erhaltung der Werke keine übergroße Bedeutung zumessen wird.

Eine derartige Kollision kann verhindert werden, wenn unter Berücksichtigung beider Prinzipien einem dritten Priorität eingeräumt wird, der langfristigen Sicherung der Beschäftigungsmöglichkeit unter Minimierung der Distanz zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Die Schaffung von Ersatz-

arbeitsplätzen im nächsten Entwicklungsschwerpunkt wird etwa für Arbeitskräfte eines Betriebes in Randlage dann zu fordern sein, wenn innerbetriebliche oder branchenspezifische Schwierigkeiten die langfristige Weiterführung des Betriebs zweifelhaft erscheinen lassen. Dieser Aspekt wird bei der Formulierung von Entwicklungszielen für die gegenständlichen Werke zu beachten sein.

Dabei empfiehlt sich die Trennung der ausschließlich Papier erzeugenden Werke von jenen, in denen (auch beziehungsweise ausschließlich) Zellstoff erzeugt wird. Gelten doch die »Richtlinien«, das für die Branche gegenwärtig wichtigste wirtschaftspolitische Maßnahmenspektrum, in erster Linie für Betriebe, in denen Zellstoff hergestellt wird.

4.1 Zellstofffabriken und Werke mit integrierter Produktion

Zellstoff erzeugen die Betriebe in den Orten Pitten-Sautern, Frantschach, Pöls, Niklasdorf, Rechberg und Weißenbach. Der Produktionszweig befindet sich in Österreich in einer schwierigen Lage. Besonders jene Werke, die ausschließlich Zellstoff herstellen, sind in besonderem Maße von der Marktlage und ihren häufigen Mengen- und Preisveränderungen abhängig. Zellstoff ist Vorprodukt für die Papiererzeugung und wird durch chemische Behandlung des Holzes gewonnen. In den sogenannten integrierten Werken wird der Zellstoff noch in nassem Zustand in den Papiermaschinen weiterverarbeitet. Dagegen muß er in den reinen Zellstofffabriken erst getrocknet werden, ehe er zum Verkauf bereit ist, dazu kommen bedeutende Transportkosten, da sich die Werke oft in extremer Randlage befinden. Durch die im Vergleich zu integrierten Betrieben geringeren Rentabilitätsaussichten werden in Zellstofffabriken oft nur die notwendigsten Investitionen getätigt.

Die Werke sind gleichzeitig besondere Umweltverschmutzer. Beim Sulfitzellstoffverfahren wird das Holz mit Hilfe einer Calciumbisulfitlösung aufgelöst, wobei der in der Abfallauge gelöste Zucker zu Futterhefe weiterverarbeitet wird, während die übriggebliebene Lauge in die Flüsse abgelassen und somit zum umweltzerstörenden Schadstoff wird. Einige Zellstoffherzeuger (Nettingsdorf, Lenzing, Steyrermühl) haben in den letzten Jahren vorbeugende Selbstauflagen in Form der Installierung neuer Klärsysteme in Kauf genommen. Daneben zwingt die sogenannte Murverordnung des Landes Steiermark die am verschmutztesten Fluß Europas beziehungsweise an seinen Nebenflüssen gelegenen Fabriken in Pöls, Bruck, Niklasdorf und Gratkorn bis 1978 zu bedeutenden Umweltschutzinvestitionen, da ansonsten die Produktion in den Betrieben eingestellt werden müßte. Durch diesen Umstand wird verständlich, weshalb gerade die Zellstoffherzeuger durch die »Richtlinien« begünstigt sein sollen.

Allzuviel an regionalpolitischer Strategie läßt die Konzeption der »Richtlinien« allerdings nicht erkennen. Es können praktisch alle Investitionsvorhaben der Unternehmen als geplante Strukturverbesserungsbeziehungsweise Umweltschutzinvestitionen dem Gremium vorgelegt werden, was wiederum Ausdruck für eine Gießkannenpolitik innerhalb der Branche ist.

Im Zuge eines regionalpolitischen Ansatzes, der die langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen zum Ziel hat, ist die Rolle, die den Zellstofferzeugern in Zukunft zukommen soll, allerdings verschieden zu beurteilen:

a) Im Falle der Betriebe in *Pitten-Sautern* und in *Frantschach* scheinen die Arbeitsplätze der Beschäftigten auch auf lange Sicht gesichert.

In den Ausbau der Pittener Papierproduktion wurden in den Jahren 1971 und 1972 rund 75 Millionen Schilling investiert. Auf Grund des internationalen Bedarfs an Wellpappenrohstoff ist in naher Zukunft an die Errichtung einer neuen Papiermaschine mit einer Jahresproduktion von 70.000 Tonnen gedacht, wobei Altpapier die Rohstoffbasis darstellen soll. Die Werke in Pitten und Sautern sollen in nächster Zeit auch einen neuen Gleisanschluß an die Aspangbahn erhalten, der einen rationelleren Transportweg der Produkte bewirken wird.

Der Betrieb in Frantschach weist eine ähnlich günstige Ertragslage wie das Unternehmen im Pittental auf, und seine Erhaltung scheint gesichert. Das Werk hat vor kurzem Interesse bekundet, mit zinsgestützten Krediten weitere Umweltschutzinvestitionen durchzuführen.

Im Zuge der Behandlung des Standorts Frantschach soll an einen besonders akuten regionalpolitischen Mißstand erinnert werden, von dem die Arbeitskräfte zumindest in der Freizeitphase betroffen sind: Die Verkehrsinfrastruktur, die das Lavanttal mit dem Kärntner Zentralraum und dem Grazer Becken verbindet, ist äußerst mangelhaft. Eine Bahnverbindung nach Graz existiert nicht. Die gegenwärtige Betriebsführung der Nebenbahnlinie, die von Klagenfurt über Bleiburg (!) durch das Feistritz- und Lavanttal über den Obdacher Sattel in das steirische Aichfeld führt, steht wiederum in keinem Verhältnis zu ihrer regionalpolitischen Bedeutung. Erhebungen der Kärntner Arbeiterkammer haben ergeben, daß aus dem Raum Lavamünd — Ettendorf — St. Georgen täglich rund 500 Berufstätige in das mittlere Lavanttal pendeln. Die einzige befriedigende Verkehrsverbindung zwischen dem Kärntner Zentralraum und dem Lavanttal stellt die Autobuslinie über Völkermarkt und den Griffener Sattel dar.

b) Eine Änderung der Produktionsprogramme der beiden integrierten Werke in *Pöls* und *Niklasdorf* scheint, unter anderem auch aus regionalpolitischen Gründen, geboten.

Die Unternehmensleitung der Pölser Papier- und Zellulosefabrik hat vor kurzem im Rahmen der »Richtlinien« ein Projekt eingereicht, welches Investitionen zur Aufstockung der Zellstoffkapazität um etwa 50.000 auf 100.000 Tonnen pro Jahr vorsieht. Das Verhältnis von Papier- zu Zellstoffproduktion würde sich damit von 1:3 auf 1:6 verändern. In diesem Falle würde sich der Pöser Betrieb jedoch zu einem Handelszellstoffunternehmen entwickeln, da der Hauptaktionär, der italienische Papierkonzern Cartiere-Burgo-SPA, auch Hauptabnehmer des Zellstoffs wäre. Eine solche starke Abhängigkeit vom Ausland muß im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze als Unsicherheitsfaktor gewertet werden, somit sind aus regionalpolitischen Erwägungen Einwände gegen das Pölser Projekt zu erheben. Dem Interesse der im Werk Beschäftigten würde neben einem Ausbau der Zellstoffherstellung vor allem eine Ausweitung der Papiererzeugung entsprechen.

Ähnlich liegen die Dinge bei Brigl & Bergmeister in Niklasdorf. Hier soll im Zuge eines »Richtlinien«-Projekts ebenfalls die Zellstofferzeugung, und zwar von 50.000 auf 71.000 Jahrestonnen, ausgeweitet werden. Eine derartige Produktionssteigerung scheint unter Berücksichtigung des Ausbaus des nahegelegenen Leykam-Betriebs in Gratkorn — dieses Werk soll in Hinkunft der größte österreichische Zellstoffhersteller mit einem Ausstoß von 175.000 Jahrestonnen sein — nicht sinnvoll. Für Niklasdorf wäre deshalb eine Kooperation mit Gratkorn und ein höherer Grad der Verarbeitung des erzeugten Zellstoffs, das heißt ein Ausbau der Papiererzeugung, zu empfehlen. Damit könnten nicht zuletzt auch die Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.

Schließlich ist zu überlegen, ob bei Realisierung aller Investitionsprojekte in der Zellstofferzeugung nicht die Gefahr einer Überbelastung des österreichischen Marktes bestünde.

c) Die beiden Werke in Weißenbach und Rechberg endlich, beide im Besitz von Erce-Hocevar, haben zwar in der Zeit der Zellstoff-Hausse eine günstige Ertragslage aufgewiesen, allerdings darf dieser Umstand nicht zu übertriebenem Optimismus Anlaß geben. Diese Betriebe sind auch von der Problematik der reinen Zellstoffproduzenten betroffen, die sich abseits der Wirtschaftszentren befinden.

Wie erwähnt, sollte die Fabrik in Weißenbach mit 31. April 1974 geschlossen werden. Im Zuge einer strukturpolitischen Initiative der steirischen Landesregierung und des Landesarbeitsamtes wurden deshalb bereits 1973 Industriebetriebe zur Ansiedlung in der Region St. Gallen bewogen. Den Standort in der Gemeinde St. Gallen wählten ein Plastikwaren erzeugender und ein Spezialbohrer produzierender Betrieb, in Altenmarkt ließ sich eine Alu-Radiatoren-Firma nieder. Als die Zellstoffherstellung in Weißenbach späterhin weiterlief, konnten die als Entlastungsbetriebe vorgesehenen Werke nur unter Schwierigkeiten ihre Produktion aufnehmen, mit der Zeit besserte sich durch die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials der Region ihre Lage. Es wird nun zu prüfen sein, ob die Firmen im Fall von Schwierigkeiten des Weißenbacher Betriebs zur Ausweitung der Produktion und zur Aufnahme von Arbeitskräften bereit wären. Ist dies nicht zu erwarten, müßten im Ernstfall koordinierte Betriebsansiedlungsaktivitäten gesetzt werden.

Relativ gut ist die Verkehrserschließung des Ennstales. Die Autobusverbindungen von Weißenbach in die umliegenden Gemeinden sind nicht ungünstig. Es bestehen Linienverbindungen nach Admont — Liezen, Hieflau — Eisenerz, Radmer und Windischgarsten. Auch der Werksverkehr ins Palten-Liesingtal (Rottenmann, Trieben) wird mit Autobussen geführt. Die Fahrplangestaltung der Ennstalbahn wird von Berufspendlern aus Weißenbach als relativ günstig bezeichnet.

Die Existenz des zur Arland-Gruppe zählenden Werkes in der Unterkärntner Ortschaft Rechberg erscheint auf längere Sicht ebenfalls nicht gesichert. Die Besitzerin Erce-Hocevar ist unter anderem nicht bereit, wichtige Umweltschutzinvestitionen durchzuführen, gleichzeitig haben die nächstgelegenen Werke der Papiererzeugung keinen Bedarf an Zellstoff, womit die künftige Wirtschaftlichkeit des Betriebes in Frage gestellt bleibt.

Auch im Fall von Rechberg ist gezieltes regionalpolitisches Vorgehen vonnöten: dies bedeutet dringende Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und gleichzeitig bessere verkehrsmäßige Erschließung des Gebiets.

4.2 Papierfabriken

Im Vergleich zu manchen Zellstoffherstellern ist die Lage der Papierfabriken in *Neubruck*, *Schlöglmühl*, *Ortmann*, *Rosenau* und *Thomasberg* günstig. In allen Unternehmen scheinen die Arbeitsplätze langfristig gesichert. Von besonderer regionalpolitischer Wichtigkeit war der vor kurzem erfolgte Besitzerwechsel der »Papierfabrik Schlöglmühl«, der eine Sanierung des Betriebs mit sich brachte. Aus diesem Grund brauchte die Produktion in dem für die Erwerbstätigen des Schwarzatales ungemein wichtigen Werk nicht eingestellt zu werden.

Der Betrieb in Ortmann erfüllt für das obere Piestingtal ähnliche Funktionen, und auch in diesem Fall stimmen Produktions- und Investitionsprogramm des Unternehmens für die Zukunft optimistisch. Allerdings sind von der Firmenleitung der »Papierfabrik Ortmann« noch zusätzliche Umweltschutzinvestitionen zu verlangen, da das Wasser der Piesting von der Papierherstellung stark in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die übrigen kleineren Werke der Papiererzeugung weisen durchwegs eine günstige Ertragslage auf. Im Interesse der Beschäftigten ist in der Zukunft auf ihre Erhaltung zu achten.